

Vda Jung 21

## Deutschlands Historiker/innen nach dem Fall der Mauer

Ein Gespräch mit Jürgen Kocka (Berlin)\*

**Sieder:** Wie sind Sie zur Historischen Sozialwissenschaft gekommen, die Sie etwa ab Anfang der siebziger Jahre propagiert haben?

**Kocka:** Ich habe in den sechziger Jahren hauptsächlich hier in Berlin studiert, und das war die Zeit, in der eine starke Rezeption von marxistisch orientierter Theorie in Teilen der Studentenschaft einsetzte. Das war sehr prägend; das war gleichzeitig die Zeit, in der die Kritik an den eigenen deutschen Traditionen Hochkonjunktur hatte. Auch das war für die Zwanzigjährigen, zu denen ich damals gehörte, von entscheidendem Einfluß. Berlin war sicherlich ein Zentrum für diese intellektuelle Bewegung. Man muß auch sehen, daß seit den späten sechziger und in den frühen siebziger Jahren eine schnelle Expansion des Universitätssystems in der Bundesrepublik stattfand. Das gab einer gan-

zen Reihe von neueren Strömungen die Chance, sich relativ schnell zu etablieren.

**Sieder:** Die Historische Sozialwissenschaft hat ja mit ihrer Marx- und Weber-Analyse den Versuch unternommen, so etwas wie ein versöhnendes Argument zwischen beiden zu finden. Steht das genau in dieser biographischen Koinzidenz?

**Kocka:** Das denke ich schon. Bis auf kleine Minderheiten, die hier schon früh Interesse zeigten, haben in den frühen sechziger Jahren zum ersten Mal in einem erheblichen Maße Marx'sche Denktraditionen in die Geschichtswissenschaft Eingang gefunden; doch auch in Form von Kritik an den dogmatisierten Formen des Marxismus. Es gab ja zwei deutsche Geschichtswissenschaften. Die Auseinandersetzung mit den marxistisch-leninistischen Historikern in der DDR spielte eine gewisse Rolle. Von daher ist auch die Marx-Rezeption geprägt und wohl in Deutschland auch geschwächt worden, wenn

\* Mit Jürgen Kocka sprachen Ulrike Döcker und Reinhard Sieder im Mai und im Oktober 1991 in Berlin. Foto: Ulrike Döcker.

man mit England vergleicht, wo die marxistische Tradition innerhalb der Sozialgeschichte, wenn Sie an Thompson, Hobsbawm, Christopher Hill und andere Personen von *Past and Present* denken, viel deutlicher war als bei uns. Marx-Rezeption, ja, gleichzeitig aber auch Kritik an der marxistisch-leninistischen Dogmatisierung und damit drittens bei einer Reihe von Jüngeren eben auch ein frühes Interesse an Max Weber. Es gab Pioniere wie Wolfgang Mommsen, der früh sein Weber-Buch, aber eben sehr kritisch, geschrieben hat. Pointiert marxistisch orientierte Autoren, wie jene um die Zeitschrift *Argument*, verstanden Weber damals als einen Exponenten bürgerlicher Antikritik, und Mitte der sechziger Jahre war es nicht typisch für Linksin-tellektuelle und linksorientierte Sozialwissenschaftler, Weber ernst zu nehmen. Weber als Vorläufer des Denkens über plebiszitäre Führerdemokratie, Weber als Dezisionist im Sinne der Interpretation von Lukács, das waren damals im linken Milieu die gängigen Interpretationen. Mein Versuch von 1965, Marx und Weber methodologisch und wissenschaftstheoretisch zusammenzubringen, lag nicht im *mainstream* der sich etablierenden linken Kritik, sondern mußte sich auch gegen Kritik von dieser Seite verteidigen.

Sieder: Die Historische Sozialwissenschaft, die seit Anfang der siebziger Jahre besteht, proklamiert den Vorrang von Strukturen und Prozessen gegenüber den historischen Ereignissen und den historischen Persönlichkeiten.

Sehen Sie hier einen Zusammenhang mit der Rezeption der französischen Sozialgeschichte, die ihrerseits schon etwas früher ihren Begriff der Struktur aus Soziolinguistik und Anthropologie übernommen hat? Woher kam Ihr Begriff des Strukturellen?

Kocka: Schon in den fünfziger Jahren hatte ja Werner Conze eine Lanze gebrochen für das, was er Strukturgeschichte nannte; und obwohl er wahrscheinlich nicht allzu sehr von Braudel und anderen Franzosen beeinflusst war, hat er doch den Namen *histoire des structures* von dort übernommen und als eine zeitgemäße Bezeichnung für das eingeführt, was vor 1945 als *Volksgeschichte* bezeichnet worden war. Conzes *Strukturgeschichte* kann man jedoch nicht als eine bloße Fortsetzung der *Volksgeschichte* der zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre sehen, denn da kam auch Neues hinzu, besonders das Interesse für die industrielle Welt, das bei den Volkshistorikern vor 1945 kaum dagewesen war. Gewisse völkische Aspekte der *Volksgeschichte*, die vor '45 deutlich vorhanden waren, gibt es wiederum in der *Strukturgeschichte* Conzes seit den fünfziger Jahren nicht mehr. Der Zusammenhang ist jedoch sehr interessant und wird derzeit ja zunehmend erforscht. In den Sechzigern brauchte man nicht mehr an die Franzosen direkt anzuknüpfen, deren Einfluß auf die deutsche Entwicklung ich nicht sehr hoch einschätze, der Begriff Struktur lag vor. Die *Annales* wurden viel genannt und viel zitiert, aber sind nicht viel gelesen worden. Wir Jüngeren ge-

brauchten viel lieber den Begriff *Sozialgeschichte* als den Begriff *Strukturgeschichte*. Unser sozialgeschichtlicher Ansatz verstand sich ja auch als eine gewisse Absetzung von der *Strukturgeschichte à la Conze*. Zwar gab es sehr viel Kooperation, und manche von uns sind sehr früh in Conzes *Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte* eingeladen worden, aber es gab auch viele Spannungen. Grund dafür war vor allem der Versuch dieser jungen Generation von Sozialhistorikern, eher die sozialökonomischen Traditionen und die ideologiekritische Spitze ihres Faches zu betonen, das Kritische an der Sozialgeschichte, das, was in Conzes *Strukturgeschichte* in den fünfziger und frühen sechziger Jahren weit in den Hintergrund gedrängt worden ist. Ich würde also ungern die Sozialgeschichte und die Historische Sozialwissenschaft der späten sechziger und siebziger Jahre zu sehr auf *Strukturgeschichte* reduziert sehen.

**Sieder:** Stellt sich die Absetzung gegenüber einer traditionellen Politikgeschichte, wie sie damals wohl berechtigt war, heute nicht etwas anders dar? Müßte heute das Verhältnis der Sozialgeschichte zum Politischen nicht auch im deutschsprachigen Raum neu bestimmt, neu diskutiert werden?

**Kocka:** Erstens ist hier in Deutschland der Aufschwung der Sozialgeschichte und überhaupt der Historischen Sozialwissenschaft seit den späten sechziger Jahren primär in Form der politischen Sozialgeschichte erfolgt. Der Aufschwung der Sozialgeschichte war

hier sehr viel weniger politikfern als in Frankreich, England oder USA. Die zentrale Stellung des Nationalsozialismus für Historiker unserer Altersgruppe hat es verhindert, daß wir in den sechziger, siebziger Jahren wirklich politikfern geworden wären. Gleichwohl gibt es seit den achtziger Jahren eine Ausdifferenzierung der Sozialgeschichte, die die Sozialgeschichte stärker von der Politikgeschichte löst. Gerade kulturgeschichtlich orientierte Sozialgeschichte – Stichwort Alltagsgeschichte – ist häufig sehr weit von Politik entfernt, und manche Alltagshistoriker interessieren sich nur noch für die Rekonstruktion von Lebensläufen und Familienschicksalen. Diesem Trend folge ich nicht. Zweitens sind die alten Frontstellungen zwischen der Sozialgeschichte und einer antiquierten Politikgeschichte heute ein Stück relativiert worden, und es lohnt sich nicht mehr, diesen Kampf allzu stark zu betonen. Auf der anderen Seite wartet man noch auf neue Ansätze, die eine moderne Politikgeschichte wieder attraktiv machen. Eigentlich ist es eine große Aufgabe der Zukunft, eine moderne sozial- und kulturgeschichtlich fundierte Politikgeschichte zu entwickeln, und möglicherweise sind da mittlerweile die Franzosen weiter als wir.

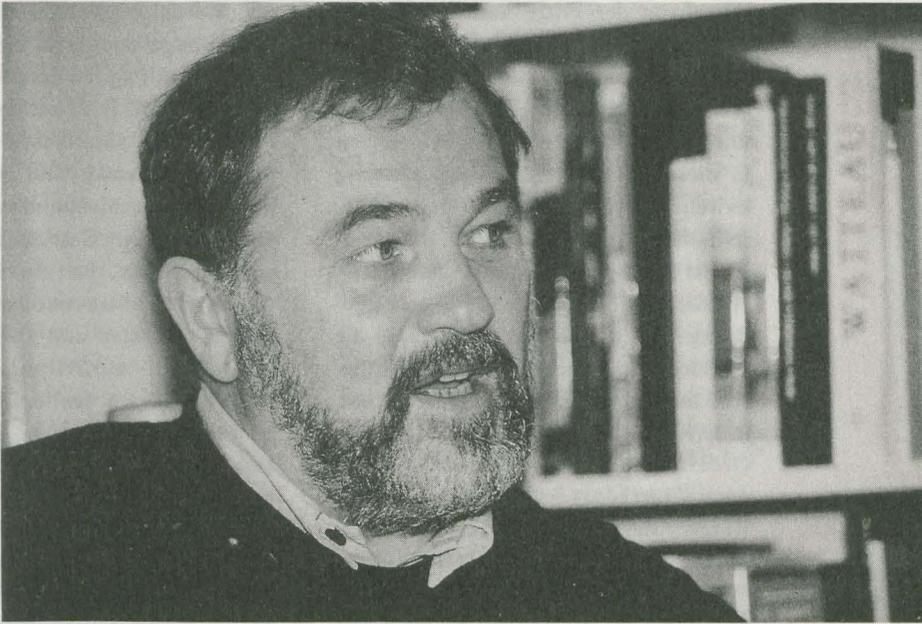
**Sieder:** Sie haben das Stichwort für die nächste Frage gegeben – Alltagsgeschichte. Polemisch gesagt: Ist für den historischen Sozialwissenschaftler Kocka an die Stelle des bornierten Politikgeschichtlers der sechziger und der siebziger Jahre als Hauptgegner nun der Alltagsgeschichtler getreten?

Kocka: Nein, auf keinen Fall. Die Debatte zwischen einer eher historisch-sozialwissenschaftlich orientierten Sozialgeschichte, zu der ich mich zählen würde, und den angreifenden Alltagshistorikern ist in den achtziger Jahren sehr heiß gewesen und sehr pointiert geführt worden, aber man muß doch unterscheiden, was davon substantielle Differenz und was Polemik war. Ich würde zwei Punkte nennen: Erstens halte ich mittlerweile die Verknüpfungsmöglichkeiten für sehr vielversprechend. Daß die Sozialgeschichte, die Historische Sozialwissenschaft der späten sechziger, siebziger Jahre, die Dimension der Erfahrungen und der subjektiven Faktoren, wie man verkürzend sagen kann, unterbelichtet hat, ist, glaube ich, nicht zu bestreiten, und da haben die Anstöße, die von der Alltagsgeschichte gekommen sind, eine wichtige Funktion gehabt. Auf der anderen Seite gibt es innerhalb der Alltagsgeschichte Dinge, die ich von meiner Position her nur scharf ablehnen kann und auch weiterhin scharf ablehnen werde. Wer glaubt, daß Geschichte ausschließlich aus dem Zusammenhang von Erfahrungen rekonstruierbar ist, irrt sich. Die Geschichte – um Habermas zu zitieren – geht nicht in dem auf, was Menschen wechselseitig intendierten und erfuhren. Die Gründe des Antisemitismus sind den Antisemiten nicht bewußt. Sehr häufig, fast immer, geschieht mehr als das, was die Zeitgenossen erfahren. Es gibt da also Gefahren der Irrationalisierung und des Verzichts auf bestimmte Rationalitätsniveaus in

der Alltagsgeschichte, aber mein Eindruck ist, daß sie nicht allzu repräsentativ für das sind, was aus den Geschichtswerkstätten und aus den alltagshistorischen Zirkeln kommt. Ich sehe im Augenblick sehr viel stärker die Chancen und denke eigentlich, daß die Phase der zugespitzten Polemik zwischen systematischer Sozialgeschichte und Alltagsgeschichte hinter uns liegt.

Döcker: Ich möchte gerne auf einen anderen Begriff zurückkommen, nämlich auf den Begriff Kultur. Es scheint mir, als würden Sie das Kulturelle als Additivum zum Sozialen betrachten und tendenziell auslagern. Was ist für Sie ‚Kultur‘?

Kocka: Einigen wir uns auf einen Begriff von Kultur als System von Normen, Orientierungen, Symbolen und Erfahrungen, welches nach Gruppen oder Großgruppen variiert, welches deutend und handlungsleitend wirkt und welches sich zwar über die Generationen hinweg verändert, aber doch relativ stabil ist und tradiert werden kann, nehmen wir also einen sehr breiten und kulturanthropologisch orientierten Kulturbegriff an. Wenn man so definiert, dann kommt man etwa in der Bürgertums- oder in der Arbeitergeschichte nicht darum herum, sich sehr zentral um Kultur zu kümmern, und es wäre mißlich, die Untersuchung von Kultur kulturgeschichtlichen Spezialisten zu überlassen. Das hielte ich für eine falsche Entwicklung. Auf der anderen Seite reicht es meines Erachtens jedoch auch nicht aus, gedankenreich und formvollendet die bürgerlichen Umgangsformen, Mentalitäten,



Symbole, Familienideale, Werte, zu rekonstruieren. Man sollte schon relativ bald die Frage stellen, unter welchen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen es denn möglich war, diese Kultur zu haben. Ich will damit sagen, daß es harte, sozial-, wirtschafts- und politikgeschichtliche Bedingungen bürgerlicher oder proletarischer Kultur im 19. Jahrhundert gibt. Da liegt für mich auch der Sinn der Verknüpfung von Kulturgeschichte mit Sozial-, Wirtschafts- und Politikgeschichte.

Döcker: Würde das nicht in der Konsequenz bedeuten, daß Kulturgeschichte in Sozialgeschichte aufgeht?

Kocka: Schwer zu sagen. Ich sehe es eher so, daß ein Gedankengang zwar ausgeht von primär sozialgeschichtli-

chen Kategorien, also der Frage nach dem inneren Zusammenhalt und der äußeren Abgrenzung, dem gemeinsamen Nenner und der *differentia specifica* einer großen gesellschaftlichen Formation, aber in dem Versuch der Beantwortung der Frage wird man eben weitergetrieben in Bereiche, die gemeinhin kulturgeschichtlich genannt werden. Diese Grenzüberschreitungen sind ein tägliches Brot für praktizierende Historiker. Das ist vielleicht eine etwas ausweichende Antwort. Es ist keine Auflösung der Kulturgeschichte in Sozialgeschichte, sondern es ist eine *kulturgeschichtliche Erweiterung der Sozialgeschichte*, die mir da vorschwebt.

Ich denke, daß Kulturhistoriker ähnliche Erfahrungen machen, daß sie aus-

gehen von der Frage nach den Eigenarten kultureller Praxis und dabei weitergetrieben werden zur Frage nach den sozialen, wirtschaftlichen Bedingungen und Folgen dieser Praxis. Wir haben ja diese Art von Grenzüberschreitung zwischen Sozialgeschichte und Wirtschaftsgeschichte immer gehabt, auch ist die Sozialgeschichte in andere Bereiche der Geschichtswissenschaften eingedrungen: in die Politikgeschichte, in die Wirtschaftsgeschichte, in die Kulturgeschichte, in die Verfassungsgeschichte, in die Geschlechtergeschichte. Scharfe Grenzziehungen sind weder möglich noch wünschenswert. Trotzdem ist diese Kategorisierung in Subdisziplinen aber notwendig, um sich zu verständigen.

Döcker: Habe ich Sie richtig verstanden, daß die Geschlechtergeschichte, wie haben Sie es genannt, eine ‚Subdisziplin‘ sei?

Kocka: Nun ja, sie läßt sich nicht eingrenzen auf eine der vorher genannten Subdisziplinen. Geschlechtergeschichtliche Fragestellungen sind nicht nur relevant in der Sozialgeschichte im engeren Sinn, sondern auch in der Kultur- und Politik- oder in der Wirtschaftsgeschichte.

Döcker: Die in den letzten 10, 15 Jahren von den Vertreterinnen der historischen Frauenforschung gestellte Forderung nach der Einführung der Kategorie Geschlecht in die Geschichtswissenschaften, zusätzlich zur Kategorie Klasse, findet also Ihre ungeteilte Zustimmung?

Kocka: Oh ja. Neben der kultur- anthropologisch orientierten Sozialge-

schichte halte ich die Frauen- und Geschlechtergeschichte für die zweite große Neuentwicklung der letzten Jahre, und das dritte wird, so sehe ich's im Augenblick, die Geschichte des Verhältnisses von Mensch und Natur sein. In der Frauengeschichte, die sich ja zunehmend zu einer Geschlechtergeschichte entwickelt hat, ist ein Erkenntnisinteresse formuliert worden, das in den späten sechziger und siebziger Jahren in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte so gut wie ganz fehlte. Freilich hat es auch Konflikte gegeben. Ich habe mich zum Beispiel immer gegen die Forderung gewendet, daß Frauengeschichte nur von Frauen betrieben werden dürfe und auch dagegen, Männer aus dementsprechenden wissenschaftlichen Unternehmungen auszuschließen. Doch dies scheint mir heute ohnedies keine zentrale Forderung von Frauenhistorikerinnen mehr zu sein. Andererseits habe ich es auch immer für falsch gehalten zu glauben, daß man unter geschlechtergeschichtlicher Perspektive wirklich die gesamte Geschichte umschreiben könne. Das sehe ich auch heute noch nicht.

Döcker: Betrachtet man Ihre neueren Publikationen, etwa die drei Bände zur Bürgertumsforschung, die sie herausgegeben haben, so vermißt man in den meisten Aufsätzen ein Eingehen auf die Kategorie Geschlecht, auch in Ihrem eigenen Aufsatz. Hier kommen Frauen oft nur vor, wenn sie sich, wie in der Frauenbewegung, öffentlich-politisch artikuliert, also in einer dominant männlichen Sphäre bewegt haben.

Kocka: Wenn dem so ist, wäre es ein

Defizit und möglicherweise sind da Defizite in einer Reihe von sozialgeschichtlichen Büchern und Aufsätzen, die ich und andere geschrieben haben, zu konstatieren. Natürlich kann man in vielen Aufsätzen und Büchern, sicher auch in meinen eigenen Büchern, diesbezügliche Thematisierungsgrenzen finden, die lassen sich ja verschieben.

**Sieder:** Sie wirken nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten als Mitglied des sogenannten Wissenschaftsrates an einem wichtigen Unternehmen mit, nämlich am Zusammenschluß der ost- und westdeutschen Forschungsinstitutionen, Akademien und Universitäten. Können Sie kurz zusammenfassen, was bisher geschehen ist, nach welchen Kriterien Forscher und Forscherinnen weiterbeschäftigt werden, während andere ausgeschieden werden?

**Kocka:** Hier ist die Entwicklung in den Universitäten ganz anders verlaufen als in den Forschungsinstituten der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR. Doch auch an den einzelnen Universitäten gibt es Unterschiede. Was die Institute der Akademie der Wissenschaften angeht, so waren sie sehr groß, an manchen Instituten haben bis zu 180 Wissenschaftler gearbeitet. Es waren Institutionen, in denen das wissenschaftliche Personal in der Regel nichts mit der Lehre in den Hochschulen zu tun hatte. Dies ist das sowjetische duale System, einerseits eine sehr stark zentrierte Forschung zu haben, die auch leichter zu kontrollieren ist, während an den Universitäten weniger geforscht wurde. Im Wissenschaftsrat und in der

Fachöffentlichkeit bestand ein breiter Konsens, daß diese Strukturen für Wissenschaft nicht optimal sind. Außerdem war zu bemerken, daß Spuren der politischen Fremdbestimmung über Selektion, über Gängelung, über Zensur und Selbstzensur selbst nach der Wende weiterwirkten. Auch die Leistungsfähigkeit dieser Institutionen war weit geringer als jene von Forschungsinstitutionen, die enger an die Universität gebunden waren oder in kleinen Instituten stattgefunden haben. Die Auflösung dieser Institute war also ein Teil unserer Empfehlung. Gleichzeitig haben wir betont, daß eine große Anzahl von Wissenschaftlern in diesen Instituten qualifiziert ist. Das Ziel war und ist also einerseits, diese dysfunktionale und durch und durch belastete Forschungsstruktur zu verändern. Ein sehr schwieriges Geschäft.

Was die Evaluation der geisteswissenschaftlichen Institute angeht, mit der ich zu tun hatte, so ist sie sehr breit anerkannt und akzeptiert worden, teilweise auch von den Sprechern der Institute selbst. Das Problem ist jetzt viel mehr, ob und wie es gelingen wird, alle Empfehlungen umzusetzen. Die meisten der bisher bestehenden Institute sind Ende 1991 aufgelöst worden, so auch die Institute für deutsche Geschichte, für Allgemeine Geschichte, für Wirtschaftsgeschichte sowie für Alte Geschichte und Archäologie (alle Berlin). Andererseits: Ein großer Teil des dort arbeitenden Personals, mehr als 50 Prozent, muß aber als qualifiziert genug gelten, um wissenschaftlich weiterbeschäftigt

zu werden. Wir haben deshalb empfohlen, daß ein Teil an die Universitäten weitergeleitet wird, ein anderer Teil an kleinere, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, ein dritter Teil in Akademieprojekten Arbeit finden wird, deren Anbindung an die zukünftige Berliner Akademie jedoch noch offen ist, und ein weiterer Teil an neugegründete geisteswissenschaftliche Zentren weitergeleitet wird.<sup>1</sup> All das kostet viel Geld und erfordert viel Feinabstimmung.

In den Universitäten läuft es hingegen ganz anders. Nur in Berlin ist ‚abgewickelt‘ worden, das heißt nur in Berlin ist der Fachbereich Geschichte zur Disposition gestellt worden, aber vor Gericht hat dieser Auflösungsversuch keinen Bestand gehabt. Die allermeisten der zahlreichen Historiker, die dort vor 1989 arbeiteten, sind weiterhin tätig, wenn auch in ungeklärtem Status. Trotzdem wird versucht, den Fachbereich Geschichtswissenschaft der Humboldt-Universität neu zu konstituieren. 12 Professuren wurden ausgeschrieben, das ist eine große Chance, das könnte die beste Adresse in Berlin werden, falls die finanziellen Verhältnisse reichen und falls es gelingt, die vorhandenen Belastungen aus der Vergangenheit nicht allzu stark mitzuschleppen. In allen anderen geschichtswissenschaftlichen Fachbereichen, in Leipzig, in Jena, in Greifswald, in Rostock, in Halle hat man nicht abgewickelt, auch dort arbeiten die Historiker im großen und ganzen weiter. Doch haben einzelne Entlassungen stattgefunden, andere gingen in den Vor-Ruhestand. Kommissionen,

die diese Universitäten selbst – meist unter Regie der jeweiligen Landesregierung und mit starkem Einfluß von Kollegen aus den westlichen Bundesländern – gebildet hatten, führen einen vorsichtigen Prüfungsprozeß und Umstrukturierungen durch: Überprüfung nach Qualifikations- und Leistungsfähigkeitskriterien primär, aber sicherlich auch nach Kriterien politischer Belastung. Es gibt auch überall Neuausschreibungen und zahlreiche Berufungen aus dem Westen. Wohin dieser Prozeß läuft, wieviel Kontinuität und wieviel Neuanfang da am Ende herauskommen wird, weiß man im Augenblick nicht zu sagen. Das Ziel müßte eine gelungene ‚Durchmischung‘ von Ost- und Westdeutschen (und Ausländern) sein. Es könnte aber sein, daß in diesen Hochschulbereichen wie auch nach 1945 am Ende sehr viel mehr Kontinuität herauskommt, als man im Sinne der Leistungsfähigkeit und der inneren Glaubwürdigkeit möchte.

Döcker: Inwieweit ist es möglich, jene Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu berücksichtigen, die politisch verfolgt waren und keine Möglichkeit hatten zu publizieren?

Kocka: Sehr schwer. Vieles Unrecht, was geschehen ist, läßt sich auch auf diesem Gebiet nicht mehr gutmachen. So wie früher viele einzelne Personen nicht auf Grund ihrer wissenschaftlichen Leistung, sondern wegen ihrer parteipolitischen Loyalität in Positionen eingerückt sind, so sind eben eine ganze Reihe von Wissenschaftlern trotz ihrer hohen Qualifikation rausgeflogen oder nie

zum Zuge gekommen, weil sie politisch nicht linientreu waren. Das sind Lebensschicksale, von denen man im Einzelfall hört, und im Einzelfall überlegen kann, ob neue Bewerbungschancen oder Rehabilitierungen möglich sind. Flächendeckend wird man das nicht mehr gutmachen können. Die Betroffenen sind auch zum Teil heute schon zu alt. Das gehört zu den menschlichen Kosten dieser Diktatur, das ist etwas, das wir nicht mehr wirklich gutmachen können.

Döcker: Welche Probleme stellen sich angesichts der Tatsache, daß Wissenschaftler/innen über Jahrzehnte in einem diktatorischen oder zumindest von der Parteiräson bestimmten Wissenschaftsbetrieb sozialisiert worden sind?

Kocka: Wir versuchen mit guten Erfolgsaussichten, die belastetsten Personen nicht in das Wissenschaftssystem der neuen Bundesrepublik zu übernehmen; das betrifft vor allem diejenigen, die etwa durch Mitarbeit bei der Staatssicherheit oder durch exponierte politische Handlungen zu Ungunsten dritter – also Relegation von Studenten auf Grund politischer ‚Unzuverlässigkeit‘ etc. – aufgefallen sind. Sie werden jetzt nicht über die Hürde kommen, da gibt es Ausschüsse, Überprüfungen. Wir müssen auch versuchen, diejenigen, die sich als Historiker oder als Wissenschaftler anderer Disziplinen auf Grund politischer Fremdbestimmung disqualifiziert haben, weil sie etwa Geschichtspropaganda und Fälschungen nicht gescheut haben, auszugliedern. Sie kommen weder als zukünftige Leh-

rer noch als Forscher in Frage. Und wir müssen weiters versuchen, die Mittelmäßigkeit und die schlechten Qualifikationen, die es in diesem System in großer Zahl gab, ebenfalls loszuwerden. Natürlich bedeutet es eine Belastung unserer politischen Kultur, die ja auch in Westdeutschland gar nicht so stabil ist, wie wir jetzt auch wieder an den Gewalttaten gegen Ausländer merken. Eine Belastung bleibt es auf jeden Fall, wenn durch sechs Jahrzehnte Diktatur geprägte Intellektuelle, Wissenschaftler und andere Personen nun gewissermaßen einwandern und Teil des Ganzen werden.

Aber Menschen können lernen, sie können sich verändern, und sie müssen die Chance dazu bekommen. Schließlich gab es ja auch sehr viele in der DDR, die sich nur äußerlich angepaßt oder gar nicht angepaßt haben. Es ist sehr schwer zu urteilen über Menschen, die über mehrere Jahrzehnte lang in einer Diktatur gelebt haben. Man soll da auch eine gewisse Großzügigkeit zeigen und auf die Überzeugungskraft und die Tragfähigkeit der Institutionen der liberalen Demokratie vertrauen – aber es wird Jahre dauern.

Döcker: In den ehemaligen realsozialistischen Ländern stürzen zur Zeit nicht nur die früheren Symbole der Macht, auch viele Menschen wirken irgendwie ‚gebrochen‘. Selbstverleugnung und Scham bestimmen vielfach ihr Lebensresümee. Haben Sie den Eindruck, daß auch die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen der ehemaligen DDR mit ihrem früheren Leben gebrochen ha-

ben und nun ausschließlich auf ‚Westkurs‘ gehen?

**Kocka:** Es ist fast verblüffend, wie schnell die marxistisch-leninistischen Theoreme, die wir über Jahre in den Schriften der DDR-Geisteswissenschaftler gelesen haben, nun verschwinden. Sie sind wie weggepustet, und manchmal hat man den Eindruck, daß die marxistischen Orientierungen der Wissenschaftler gar nicht schrecklich tief verwurzelt waren. Doch auch hier muß man differenzieren. Es gibt auch manche, die keine schnelle 180-Grad-Wende vollziehen. Vielleicht ist es aber auch nur so, daß die Historiker aus der ehemaligen DDR eine gewisse Phase der Desorientierung durchleben, eine gewisse Atempause brauchen, und vielleicht werden sie nach einem tiefen Durchatmen auch gewisse an Marx orientierte, neuformulierte Positionen vertreten, die man ja in vielen sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen nur begrüßen könnte. Ich erhoffe mir dies eigentlich. Doch im Augenblick sieht man davon noch sehr wenig.

**Döcker:** Durch die Eingliederung der Ex-DDR ist Deutschland wieder zu einem großen und mächtigen Nationalstaat geworden, dessen Größe und Macht im historischen Kontext bedrohlich erscheint. Wo sehen Sie hier Möglichkeiten für Historiker und Historikerinnen, gegen eine breite Re-Nationalisierung der Geschichte anzuschreiben?

**Kocka:** Es ist ganz wichtig, daß diese Vereinigung und diese neu erlebte Sogkraft des Nationalen nicht zu einer

Rückkehr zur nationalgeschichtlichen Perspektive führt, die wir ja, das müssen wir deutlich sehen, nie ganz aufgegeben haben, und die unsere Lehrveranstaltungen, unsere Handbücher weiterhin in gewisser Hinsicht prägt. Die historische Analyse der bemerkenswerten Überlebenskraft und Attraktivität des Nationalen wird und muß ein großes Thema der Sozial-, Mentalitäts- und Alltagsgeschichte der nächsten Jahre sein. Aber fast noch wichtiger ist, Forschung noch stärker in internationalen Kooperationen zu betreiben. Der länder- und fächerübergreifende innereuropäische Vergleich und der Vergleich zwischen Europa und nicht-europäischen Ländern steht daher im Zentrum des Forschungsprogramms von einigen von uns. Ich denke, hier sind bereits Initiativen gesetzt worden, und müssen noch mehr Anstrengungen unternommen werden, um die vorhandenen Tendenzen zu einer Neubekräftigung der nationalen Identität auf die Geschichtswissenschaften nicht schädlich durchschlagen zu lassen. Schließlich ist Wissenschaft ein internationales und kein nationales Unternehmen. Ich hoffe und denke also, daß die Rückkehr zum Nationalstaat nicht die Rückkehr zu einer nationalen Verengung unserer Geschichtswissenschaft sein wird.

### Anmerkung:

1 Jürgen Kocka nennt hier in unserem zweiten Gespräch im Oktober 1991 zwei Vorschläge: eine Arbeitsstelle der Max-Planck-Gesellschaft in der Universität Potsdam, die von Jan Peters geleitet werden soll und sich mit der Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Gutsbezirke im 17. und 18. Jahrhundert in Preußen beschäftigen wird; und die Gründung eines Zentrums für zeithistorische Studien in Potsdam, das mit den anliegenden Universitäten in Verbindung stehen und sich vor allen Dingen mit der Geschichte der DDR im Vergleich beschäftigen soll, wobei der Vergleich zwischen der DDR und der Bundesrepublik und der Vergleich zwischen der DDR und anderen realsozialistischen Systemen in Frage kommen. Die Arbeitsstelle von Jan Peters ist mittlerweile gegründet, das Zentrum befindet sich unter der Bezeichnung *Schwerpunkt* in Errichtung.

### Neueste Publikationen

- Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 1), Bonn 1990.
- Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 2), Bonn 1990.
- (Hg., unter Mitarb. v. U. Frevert): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, 3 Bde., München 1989.
- (Hg.): Sozialgeschichte im internationalen Überblick. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung, Darmstadt 1989.
- (Hg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation, Stuttgart 1989.